



# Corporate Governance Bericht 2011

Bericht zum Public Corporate Governance Kodex des Bundes  
der  
Helmholtz-Zentrum Berlin für Materialien und Energie GmbH  
für das Jahr 2011

Helmholtz-Zentrum Berlin für Materialien und Energie GmbH  
Hahn-Meitner-Platz 1  
D - 14109 Berlin

Bericht zum Public Corporate Governance Kodex des Bundes  
für das Jahr 2011

Stand 18.10.2012

Verantwortlich:

Thomas Frederking  
Prof. Dr. Anke Kaysser-Pyzalla

Redaktion:

Dr. Bernd Meißner,  
Telefon (030) 8062 42640,  
meissner@helmholtz-berlin.de

Gemäß § 2 Abs. 8 Satz 2 ihres Gesellschaftsvertrages<sup>1</sup> (GV) unterwirft sich die Helmholtz-Zentrum Berlin für Materialien und Energie GmbH dem „Public Corporate Governance Kodex (PCGK)“ des Bundes. Der PCGK empfiehlt, dass Geschäftsleitung und Überwachungsorgan jährlich über die Corporate Governance des Unternehmens berichten sollen (Corporate Governance Bericht). Bestandteil des Berichts habe insbesondere die Erklärung zu sein, es wurde und werde den Empfehlungen des Public Corporate Governance Kodex des Bundes entsprochen. Der Bericht habe auch den Anteil von Frauen in Überwachungsorganen zu nennen. Wenn von den Empfehlungen abgewichen werde, habe dies nachvollziehbar begründet zu werden. Dabei könne auch zu den Anregungen des Kodex Stellung genommen werden.

Der hier vorgelegte Bericht bezieht sich auf den PCGK mit zum Zeitpunkt der Erstellung des Berichts unverändert gültigem Stand 30.06.2009 - von der Bundesregierung verabschiedet am 01.07.2009 - und umfasst die folgenden Aussagen:

- I. Gegenüber dem Jahr 2010 folgt die Gesellschaft nunmehr in Gänze den Empfehlungen zu Punkt 6.2 des PCGK (Transparenz, Vergütung der Mitglieder der Geschäftsleitung und des Überwachungsorgans).
- II. Der Anteil der Frauen im Aufsichtsrat lag zum 31.12.2011 bei einem Drittel.
- III. Die Vergütungen für die am 31.12.2011 im Amt befindlichen Geschäftsführer beliefen sich auf 126,5 Tsd. € für Frau Prof. Kaysser-Pyzalla und 104,4 Tsd. € für Herrn Dr. Breuer. Details finden sich unter Punkt VI am Ende des Berichts.
- IV. Die Mitglieder des Aufsichtsrats haben für ihre Tätigkeit von der Gesellschaft keine Vergütung erhalten. Die Gesellschaft hat ihnen auch keine Vergütungen für persönlich erbrachte Leistungen, insbesondere Beratungs- und Vermittlungsleistungen, gezahlt oder hierfür Vorteile gewährt. Sie erhielten lediglich einen Ersatz für Aufwendungen, die ihnen im Zusammenhang mit ihrer Tätigkeit als Aufsichtsratsmitglied entstanden sind.
- V. Geschäftsführung und Aufsichtsrat erklären, dass den Empfehlungen des Kodex im Wesentlichen entsprochen wurde und wird; von den im Folgenden aufgeführten Empfehlungen des PCGK wird - momentan noch oder begründet dauerhaft - abgewichen (Wiedergaben von Inhalten des PCGK sind kursiv gesetzt):

**Zu 2.2 des PCGK**, Anteilseignerversammlung, Anmerkungen, Grundlagenzuständigkeiten

*Der PCGK empfiehlt, die Gesellschafterversammlung in angemessenem Umfang an der strategischen Ausrichtung des Unternehmens zu beteiligen.*

Der Katalog der Zuständigkeiten der Gesellschafterversammlung in § 13 (2) GV enthält diesen Punkt nicht. § 13 (1) GV regelt im Gegenteil, dass die Gesellschafter für alle Angelegenheiten zuständig sind, die nicht einem anderen Organ durch Gesetz oder Gesellschaftsvertrag zur ausschließlichen Zuständigkeit überwiesen sind. Die Festlegung der Strategie und die Planung der Forschungs- und Entwicklungsarbeiten des Zentrums, insbesondere im Rahmen des Finanzierungsverfahrens der Helmholtz-Gemeinschaft,

---

<sup>1</sup> seit der Fassung des GV gem. Beschluss der Gesellschafter vom 24.08.2009

sind dem Aufsichtsrat übertragen (§ 9 (3) a) GV). Die Gesellschafter haben insofern auf ihre Beteiligung verzichtet. Dieses Vorgehen ist sinnvoll, da die Gesellschafter Sitz und Stimme im Aufsichtsrat haben (§ 8 (2) b) und c) GV), eine Beschlussfassung zu § 9 (3) a) GV gegen deren Stimmen gem. § 12 (4) GV ausgeschlossen ist und damit eine zusätzliche Befassung der Gesellschafterversammlung ein unnötiges redundantes Vorgehen wäre.

**Zu 3.1.2 des PCGK**, Zusammenwirken von Geschäftsleitung und Überwachungsorgan, Grundsätze, Anmerkungen, Übertragung der Zustimmungsbefugnis auf einen Ausschuss

*Der PCGK empfiehlt, die Übertragung einer Zustimmungsbefugnis auf einen Ausschuss auf Fälle zu beschränken, in denen die Zustimmung des Überwachungsorgans wegen der infolge der Größe des Gremiums regelmäßig zu erwartenden Entscheidungsdauer erhebliche Nachteilsgefahren für das Unternehmen erwarten lässt (vgl. auch 5.1.8 PCGK).*

Die Vorbereitung der Feststellung des Jahresabschlusses obliegt gem. § 19 (2) Satz 2 GV dem Aufsichtsrat, der diese Aufgabe regelmäßig einem Ausschuss mit Beschlussvollmacht übertragen hat, um den Fristen aus § 42a (2) GmbHG ohne Einberufung einer Aufsichtsratssitzung eigens zu diesem einen Punkt Genüge zu tun. Dieses Vorgehen ist vertretbar, da es sich beim HZB um ein relativ kleines Unternehmen mit geringem wirtschaftlichen Gewicht handelt und der Aufsichtsrat als Ganzes stets mit den Ergebnissen der Ausschusstätigkeit in seiner jeweils nachfolgenden Sitzung befasst wird (§ 12 (6) GV).

**Zu 3.1.3 des PCGK**, Zusammenwirken von Geschäftsleitung und Überwachungsorgan (Informationsversorgung des Überwachungsorgans)

*Der PCGK empfiehlt, die Berichtspflichten auch bei Unternehmen, die nicht als Aktiengesellschaft geführt werden, an § 90 AktG zu orientieren. § 90 AktG sieht „regelmäßige“ Berichte über den Gang der Geschäfte und die Lage der Gesellschaft, mindestens jedoch „vierteljährlich“ vor.*

Gem. § 7 (4) GV haben die Mitglieder der Geschäftsführung dem Aufsichtsrat zu dessen Sitzungen - mindestens jedoch jedes halbe Jahr - über den Gang der Geschäfte und die Lage der Gesellschaft [...] schriftlich zu berichten.

Diese Regelung des Gesellschaftsvertrages erscheint ausreichend, da es sich beim HZB um ein relativ kleines Unternehmen mit geringem wirtschaftlichen Gewicht handelt, kurzfristige Änderungen der Lage der Gesellschaft im normalen Verlauf der Geschäftstätigkeit nicht zu erwarten sind und - für den Fall außergewöhnlicher Vorgänge - der Gesellschaftsvertrag in § 7 (4) zusätzlich zu der oben zitierten, anlässlich der Sitzungen des Aufsichtsrats gegebenen Berichtspflicht vorschreibt, dass die Mitglieder der Geschäftsführung [...] der oder dem Vorsitzenden des Aufsichtsrats und seiner Stellvertretung bei wichtigem Anlass schriftlich zu berichten haben.

**Zu 4.4 des PCGK**, Geschäftsleitung, Interessenkonflikte

*Der PCGK gibt in den Punkten 4.4.1 bis 4.4.3 diverse Empfehlungen zur Treuepflicht der Mitglieder der Geschäftsführung aus (Wettbewerbsverbot, Verbot der Verfolgung persönlicher Interessen zum Nachteil der Gesellschaft, unverzügliche Offenlegung von Interessenkonflikten, Zustimmungspflicht des Überwachungsorgans bei Geschäften der Ge-*

*sellschaft mit Mitgliedern der Geschäftsleitung, ihnen nahestehenden Personen oder Unternehmungen).*

Obwohl die angesprochenen Punkte schon aus der nebenvertraglichen Treupflicht resultieren, werden sie zur Klarstellung künftig in die Geschäftsführerverträge aufgenommen. Für Geschäfte der Gesellschaft mit Mitgliedern der Geschäftsleitung, ihnen nahestehenden Personen oder Unternehmungen ist vorgesehen, die Zustimmungspflicht des Aufsichtsrats anlässlich der nächsten Überarbeitung in den Gesellschaftsvertrag aufzunehmen.

#### **Zu 5.1.1 des PCGK, Überwachungsorgan, Aufgaben und Zuständigkeiten (Selbstüberprüfung)**

*Der PCGK empfiehlt, dass das Überwachungsorgan und seine Ausschüsse regelmäßig die Qualität und Effizienz ihrer Tätigkeiten überprüfen sollen. Das Überwachungsorgan soll die Umsetzung der hierzu von ihm beschlossenen Maßnahmen überwachen.*

Eine Festlegung der Maßnahmen steht noch aus. Das HZB befindet sich mit seinen Gesellschaftern diesbezüglich im Gespräch.

#### **Zu 5.1.2 des PCGK, Überwachungsorgan, Aufgaben und Zuständigkeiten (Mitglieder der Geschäftsleitung)**

*Der PCGK empfiehlt bezüglich der Mitglieder der Geschäftsleitung, dass bei Erstbestellungen die Bestelldauer auf drei Jahre beschränkt sein soll.*

Die Empfehlung soll zusammen mit der üblichen Berücksichtigung individueller Gegebenheiten beim nächsten Abschluss eines Geschäftsführervertrages umgesetzt werden.

#### **Zu 5.1.3 ff. des PCGK, Überwachungsorgan, Aufgaben und Zuständigkeiten (Geschäftsordnung)**

*Der PCGK empfiehlt unter 5.1.3, dass das Überwachungsorgan sich eine Geschäftsordnung geben soll, sofern nicht die Satzung für das Überwachungsorgan eine solche bestimmt.*

Der Gesellschaftsvertrag des HZB schreibt vor, dass der Aufsichtsrat sich eine Geschäftsordnung gibt (§ 10 (3) GV). Die Geschäftsordnung befindet sich in Arbeit.

*Der PCGK empfiehlt unter 5.1.8, von der Möglichkeit, einzelnen Ausschüssen des Überwachungsorgans Entscheidungskompetenzen zu übertragen, nicht Gebrauch zu machen.*

Vgl. hierzu den Kommentar zu 3.1.2 PCGK weiter oben.

*Der PCGK empfiehlt, dass*

- *eine angemessene Altersgrenze für Mitglieder des Überwachungsorgans festgelegt werden soll (5.2.2, der PCGK lässt offen, ob es sich um eine Altersgrenze bezüglich des Eintritts in oder des Austritts aus dem Organ handeln soll) und*
- *ehemalige Mitglieder der Geschäftsleitung nicht in den Vorsitz des Überwachungsorgans oder den Vorsitz eines Ausschusses des Überwachungsorgans wechseln sollen (5.2.4).*

Es ist vorgesehen, entsprechende Regelungen anlässlich der nächsten Überarbeitung in den einschlägigen Abschnitten des Gesellschaftsvertrages des HZB zu verankern.

#### **Zu 5.4. des PCGK, Überwachungsorgan, Interessenkonflikte**

*Der PCGK gibt in 5.4 Empfehlungen zur Behandlung von Interessenkonflikten.*

Sie sollen in die zu erstellende Geschäftsordnung des Aufsichtsrats Eingang finden.

- VI. Die Vergütungen der zum 31.12.2011 im Amt befindlichen Geschäftsführer setzten sich für 2011 wie folgt zusammen (Angaben gem. 6.2.1 des PCGK, in €):

	<b>Dr. Ulrich Breuer</b>	<b>Prof. Dr. Anke Kaysser- Pyzalla</b>
Vergütung, erfolgsunabhängig	91.152,20	120.864,12
Vergütung, erfolgsabhängig	0,00	0,00
Leistungen im Rahmen der Angleichung an den Beamtenstatus	13.279,86	5.653,59
<b>Vergütung gesamt</b>	<b>104.432,06</b>	<b>126.517,71</b>
weiterer Aufwand der Gesellschaft, der nicht Bestandteil der regelmäßigen Vergütung ist davon:	11.478,72	58.648,00
Erstattungen an die Universität für Versorgungszwecke	0,00	17.140,15
Zuführung zu den Pensionsrückstellungen	0,00	38.273,00
Arbeitgeberanteile zur Sozialversicherung und Umlagen	11.441,52	3.231,25